

Im Folgenden liegt die Ausarbeitung des Referats zum Thema „Die Wirtschaft Frankreichs“ vor. Sie basiert ausschließlich auf folgender Literatur:

Uterwedde Henrick, Wirtschaft, in: Rene Lasserre, Joachim Schild, Henrick Uterwedde. Frankreich – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Opladen 1997, S. 115 – 184.

Zuerst bearbeite ich die wirtschaftliche Historie des Landes, gehe anschließend auf die Zusammenhänge zwischen Staat und Wirtschaft ein, bevor ich über die Branchen- und Unternehmensstruktur zur regionalen Struktur komme. Abschließend werde ich die außenwirtschaftlichen Verflechtungen Frankreichs betrachten.

Die Historie von 1945 – 1993

Frankreichs Wirtschaft war nach dem Krieg 1945 doppelt belastet. Von den Schlachten des Krieges blieb auch Frankreich nicht verschont. Zum einen hatten die deutschen Besatzer (1940 – 1944) die Produktion des Landes für die Waffenherstellung missbraucht, zum andern wurde die Infrastruktur durch die eingeleitete Befreiung total zerstört.

Bereits vor dem Krieg hatte Frankreich durch die fehlende Modernisierung der Wirtschaft einen Rückstand in der industriellen Entwicklung zu verzeichnen, was sich nun als zweites großes Problem offenbarte. Deutlich wird dies an der vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Volkswirtschaft.

Die folgende Gegenüberstellung soll dies veranschaulichen (Anteile in %):

Jahr	Frankreich			Deutschland		
	Landw.	Industrie	Tertiärer	Landw.	Industrie	Tertiärer
1906	43	27	26	35	40	25
1926	38	33	29	31	41	28
1946	36	32	32	22	45	33

Von Anfang an war der Wiederaufbau geprägt durch die staatliche Koordinierung. Ab 1944 wurden die großen Unternehmen der französischen Wirtschaft nationalisiert. Im Folgenden wurde eine sogenannte Planification (Monet - Plan) eingeführt. Die Planification ist jedoch nicht zu verstehen als eine Art osteuropäische Planwirtschaft, sondern ermöglichte durch ständige Analysen und Kontrollen die weitgehend staatliche Koordinierung.

Ein zweiter Plan entstand 1953. Dieser setzte seine Konzentration auf die verarbeitende Industrie und sollte Zeichen für die Modernisierung dieses Sektors setzen.

Die Nachteile dieser Wiederaufbauphase (1946-1958) lagen auf der Hand. Die Abwertung des Franc durch Defizite in der Zahlungsbilanz, die hohe Staatverschuldung die aber auch auf Kolonialkriege zurückzuführen war, sind nur einige Aspekte, die sich in diesem Zusammenhang als nachteilig erwiesen.

Die durch Charles de Gaulle gegründete V. Republik 1958 setzte verstärkt auf die Vorteile der Außenpolitik ging aber gleichzeitig stark auf staatliche Kontrolle und Koordinierung zurück. Mit der Gründung der EWG im Jahre 1957 kam eine ungewohnte Situation auf Frankreich zu. Die wenig exportorientierte und brüchige Wirtschaft musste nun die in der Wiederaufbauphase errichteten Handelshemmnisse schrittweise rückgängig machen.

Im Zeichen der stürmischen Wachstumsperiode standen die sechziger Jahre. Da in den Jahren vorher aber der Ausbau der Infrastruktur versäumt wurde hatte man hier mit neuen Problemen zu kämpfen.

Mit Einleitung der Ölkrise 1973 wurde durch den Wachstumsrückgang eine Massenarbeitslosigkeit herbeigeführt. Um dies zu unterbinden versuchte man die Struktur des Landes anzupassen und den staatlichen Dirigismus zurückzudrängen was aber aufgrund gewerkschaftlicher Aufstände verhindert wurde.

Nach dem Machtwechsel 1981 ist durch Francois Mitterrand eine Wandlung herbeigeführt worden. Die staatlichen Einflüsse wurden nun doch abgebaut und marktwirtschaftliche Steuerung eingeführt.

Der 1995 gewählte Präsident Jacques Chirac sprach sich für eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik aus. Hiermit wurden die Zeichen für den Beitritt in der EWU gesetzt. Die französische Politik vollzieht aber bis heute einen Drahtseilakt zwischen europäischer Anpassung und der inländischen Wachstums und Beschäftigungspolitik.

Staat und Wirtschaft

Die Politik dieses Landes wird bis heute mit dem Begriff Colbertismus charakterisiert. Das Wort Colbertismus stammt von Jean Baptiste Colbert (1619-1683) der Intendant König Ludwig des XIV. war. Die Bedeutung liegt darin, dass eine Politik, mit der die Wirtschaftsmacht und damit die politische Kraft angehoben wird, betrieben wird. Wie in der Historie bereits beschrieben war die Modernisierung weitgehend in staatlicher Hand. Nach dem Kriege wurden sehr viele Unternehmen des Landes verstaatlicht um die nötige Kontrolle und Lenkung zu gewährleisten. Die Regierung traute den Unternehmen die Bewältigung der zwei angesprochenen Nachkriegsprobleme allein nicht zu. Sie sah sich gezwungen, die Verstaatlichung und Koordinierung vorzunehmen. Besonders betroffen hiervon waren die Unternehmen im Bankenbereich sowie im Energie und Verkehrssektor.

Der Begriff der Planification, der 1945 durch das geschaffene Plankommissariat entstand, hat seine Bedeutung in einer kleinen Behörde die den Ministerien untergeordnet war. Aufgabe war die Beobachtung der Tagespolitik und die hiermit verbundenen Analysen und Prognosen die als Entscheidungshilfe dienen sollten.

Aber Frankreich hat im Laufe der Jahre einen Wandel erlebt. Die Nationalisierungswelle der Nachkriegszeit gefolgt von weiteren Verstaatlichungen meist aus dem Industriesektor wurde um 1986 wieder gewandelt. Die Privatisierungen begannen schrittweise. Einige Beispiele hierfür sind: Elf Aquitaine, CCF, Paribas, Suez, Air France.

Heute wird dieser Schritt sogar von den Linksparteien anerkannt die nun den Standpunkt vertreten, dass diese Nationalisierungen nicht mehr sinnvoll sind und diese auch nicht als innerpolitische Waffe zu gebrauchen sind.

Branchen - und Unternehmensstruktur

Die Landwirtschaft ist heute immer noch ein sehr bedeutender Faktor in der französischen Wirtschaft. Dieser Sektor beschäftigte nach dem Krieg fast 36 % der Erwerbstätigen. Diese Beschäftigtenzahl von 7,5 Millionen Menschen ist aber bis heute auf ca. 1,3 Millionen geschrumpft. Die Bedeutung der Landwirtschaft liegt darin, dass die Exporte der Agrarprodukte 16 % der gesamten Exportwirtschaft des Landes ausmachen. Somit ist Frankreich nach den USA der zweitgrößte Landwirtschaftsartikelexporteur der Welt. Dem Landwirtschaftssektor sagt man eine Revolution voraus, denn die Agrarbetriebe werden sich bis 2001 auf ca. 600.000 Stück verringern. Trotzdem werden durch neue biotechnologische Entwicklungen weitere sehr große Produktionssprünge vorausgesagt.

Die Industrie hat durch politische ungleiche Förderung starke und schwache Sektoren. Zu den starken Sektoren zählen der Flugzeugbau, der Schienenfahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie, die Luxusgüterindustrie, die Telekommunikation sowie die Chemiebranche. Die Stärke der Sektoren ist aber nicht nur auf politische Ungleichbehandlung zurückzuführen, sondern außerdem auf Standortvorteile. Die schwachen Sektoren wie die Konsumgüterindustrie, die Elektrowaren und die Investitionsgüterindustrie sind durch fehlende Modernisierung und durch die wenig zukunftsweisende Unternehmenspolitik ins Hintertreffen geraten.

Die Zukunft der französischen Industrie hängt nicht nur von dem politischen und kulturellen Umdenken ab, sondern auch von der Verabschiedung in Frankreich herrschender veralteter und hierarchischer Managementmethoden.

Wie in fast allen Nationen ist der eigentliche Wachstumssektor auch hier der Dienstleistungssektor. In Frankreich werden marktbestimmte und nicht marktbestimmte Dienstleistungen unterschieden. Zu den marktbestimmten Dienstleistungen werden jene gezählt die tatsächlich auf dem Markt gehandelt werden, zu den nicht marktbestimmten Dienstleistungen die durch öffentliche

Dienstleistungsaktivitäten entstanden. Beide weisen ein stetiges Wachstum auf wobei das der marktbestimmten Dienstleistungen als gravierender anzusehen ist.

Im Dienstleistungssektor sind die Branchen des Einzelhandels und der Banken besonders erwähnenswert. Von 1970 bis 1995 hat sich die Zahl der Hypermärkte (über 2000m² Verkaufsfläche) fast verzehnfacht, in der gleichen Zeit wurde die Anzahl der Supermärkte versiebenfacht.

In den Jahren 1965 bis 1973 haben drei mal mehr Banköffnungen stattgefunden als drei Jahrzehnte zuvor. Zudem wurden neue Entwicklungen in diesem Bereich wesentlich umfassender eingesetzt als bei den europäischen Nachbarstaaten.

Die Probleme in der Branchen- und Unternehmensstruktur beruhen auf dem Größenwandel in der Wirtschaft. So war in den sechziger Jahren die Struktur noch von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Die Aufmerksamkeit für diese Unternehmen wurde aber durch gezielte Förderung und Steuerentlastungen von Großunternehmen mit internationalem Niveau vernachlässigt und erst ab den siebziger Jahren bekamen kleine und mittlere Betriebe wieder staatliche Aufmerksamkeit geschenkt.

Die regionale Struktur

In Frankreich herrscht eine sehr starke regionale Ungleichheit. Der Grund hierfür liegt in der Zentralisierung rund um Paris. Der Norden und der Osten indem die Ballungsgebiete des Landes liegen sind sehr gut industriell entwickelt, was im Südwesten des Landes eine starke Unterentwicklung hervorruft. Da es nach dem Krieg viele junge Menschen auf der Suche nach Arbeit, in die „Hochburgen“ Frankreichs verschlug, ist hier eine sehr gute Infrastruktur vorzufinden. Transportwege sowie sonstige Verbindungen gibt es nur wenige im Südwesten. Um dies zu unterbinden führte man die sogenannte Raumordnungspolitik ein. Diese sollte, mit Verboten und Einschränkungen für Ballungsgebiete, die von der Landflucht betroffenen Regionen fördern. Es gab sogar Fördersatzes für die im Südwesten ansiedelnden Unternehmen.

Die Raumordnungspolitik war finanziell in der Weltwirtschaftskrise nicht mehr zu bewältigen, so dass diese Politik in den Zeiten der Krise ihren Niedergang erlebte.

Durch die Industrielle Anpassungskrise, welche die Abwanderung in Billiglohnländer zu Folge hatte und den treibenden Tertiären Sektor der nicht unbedingt auf die Zulieferer in Ballungsgebieten angewiesen ist, entstand eine Umverteilung und eine neue Chance für die unterentwickelten Regionen.

Die Spaltungslinien sind bis heute noch nicht völlig verschwunden, aber es ist eine deutliche Abmilderung zu erkennen.

Die Herausbildung großer Regionen wurde vom französischen Staat stets unterdrückt und dem Zentralstaat standen nur Kommunen und Gebietskörperschaften gegenüber. Doch in der Zeit der Modernisierung benötigte man starke Partner, die die Politik an Ort und Stelle umsetzen konnten. Diese neuen Regionen sollen nun als neuer Akteur auftreten und so bekamen diese eigene Verwaltungs- und Finanzressourcen. Diese ab 1982 praktizierte Politik ist noch nicht ganz abgeschlossen und die Entwicklung der Regionen bleibt abzuwarten.

Außenwirtschaftliche Verflechtungen

Die Öffnung Frankreichs erfolgte erst mit Gründung der EWG. Deutlich wird das Ausmaß bei Betrachtung der französischen Wirtschaftsleistung im Gegensatz zum Außenhandel. Seit 1950 hat sich die Wirtschaftsleistung des Landes vervierfacht, der Außenhandel aber verzehnfacht.

Zug um Zug mit dem Außenhandel wurde durch die Öffnung der Import auch deutlich vervielfacht.

Die Prognosen für kommende Jahre sind eher zurückhaltend, da die seit 1985 steigenden Investitionen den Investitionsstau seit der Ölkrise 1974 nicht komprimieren konnten. Alles in allem kann man aber von einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sprechen.

Die nach 1945 geringen Investitionsverflechtungen wurden erst um 1958 verbessert. Der Aufbau des europäischen Marktes lockte Amerikaner und Asiaten. Frankreich will aber weithin die mehrheitliche ausländische Kontrolle verhindern. Im Gegensatz hierzu sind aber die angesprochenen privatisierten Unternehmen sehr offen für ausländische Kapitalgeber was zur Folge hat, dass heute zirka ein Viertel der Wertschöpfung unter ausländischem Kapitaleinfluß steht.

Die europäische Einbindung stand zunächst im Fokus sehr skeptischer Betrachtung. Aufgrund dieser Tatsache errichtete man Schutzmaßnahmen gegenüber Drittstaaten. Man reduzierte beispielsweise die Autoimporte auf drei Prozent des französischen Marktes.

Mitte der Achtziger kam in Frankreich in Vorbereitung auf den Binnenmarkt eine allgemeine Zustimmung in Hinsicht auf die Öffnung auf, die aber Mitte der Neunziger wieder wegen wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen in Kritik und Ablehnung umschlug.

Heute sehen sich die krisengeschüttelten Regionen als Opfer der europäischen Integration.

